

Die Wissenschaft hat es in Forschung und Lehre übernommen, den FORTSCHRITT der Gesellschaft, ihre Bildung und Ausbildung auf allen Gebieten zu sichern. Es handelt sich dabei um eine spezielle Ausprägung der Gerechtigkeit: Die Öffentlichkeit sichert über Steuergelder, Fonds usw. die Arbeit der Forscher und Lehrer. Die Wissenschaftler ihrerseits geben der Öffentlichkeit Rechenschaft über das, was sie erarbeitet haben. Diese Arbeit ist einerseits belastet von den Erwartungen der Wissenschaftler, die neue Erkenntnisse anstreben, andererseits von den Erwartungen der Gesellschaft, die diese Arbeit finanziert. Sie erhofft zum Beispiel einen Fortschritt in der Bekämpfung von Krankheiten wie dem Krebs, auf neues Wissen über alternative Energien, auf neue umweltschonende Technologien, auf die Überwindung des Hungers, der Ungleichheit in den Chancen der Lebensführung, der Sicherheit des Weltfriedens.

*Anschrift des Verfassers:*

*Dr. Franz Mayrhofer,  
Salzburger Nachrichten  
A-5021 Salzburg, Bergstraße 14*

*Aus einem Arbeitspapier für die „International Conference of Science Journalist in Laxenburg“ (Mai 79).*

## Ausgleich Bürgerinitiativen

Von Roland GÜNTER

Die Definition einer Bürgerinitiative ist einfach: Wo ein Bürger initiativ wird, ist eine Bürgerinitiative entstanden. Meist ist es mehr als ein Bürger

Der initiativ Bürger soll nach unserer Verfassung der Normalzustand sein.

Viele Politiker sind erschreckt über die wachsende Zahl der Bürgerinitiativen. Manche beschwören die Verfassung – zu Unrecht. Denn: immer mehr Bürger nehmen sich lediglich die Rechte, zu denen sie die Verfassung geradezu verpflichtet. Im Grundgesetz sind nämlich Demokratie und Sozialstaatlichkeit nicht als schöne leere Floskeln zu verstehen, sondern als Handlungsaufruf.

### *Keine Entmündigung*

Natürlich ist ein gewählter Politiker dazu da, seine Wähler zu vertreten. Aber eine Vertretung in Form einer Entmündigung, d. h. Stellvertretung als Blanko-Scheck, der Wähler sieht die Verfassung nicht vor.

Entgegen der Verfassung heißt Stellvertretung für viel zu viele Politiker immer noch: für sich selbst Allzuständigkeit, für den Bürger lediglich das Kreuz bei der Wahl, anschließend „Tiefschlaf“, kurzzeitig unterbrochen von ergebener Entgegennahme dessen, was Fernsehen und Tageszeitungen an politischem Vordergrund und Scheingefechten vorsetzen.

Das Stellvertretungsprinzip teilt die Bevölkerung ein in politische Produzenten und unpolitische Konsumenten. Es ist jedoch ein Ziel der demokratischen Verfassung, daß diese Teilung aufgehoben wird.

Fast alle Bürgerinitiativen lassen keinen Zweifel daran, daß sie sich nur gegen die Monopolisierung der Politik durch das Stellvertretungsprinzip wenden, aber nicht gegen das in der Verfassung vorgeschriebene Entscheidungsverfahren.

Bürgerinitiativen weisen jedoch die Parlamente darauf hin, daß parlamentarische Verfahren mehr sind als formelle Entscheidungsverfahren: sie haben eine unübersehbare inhaltliche Substanz. In Opposition zu feudalen und obrigkeitsstaatlichen Entscheidungsverfahren entstanden, zielen sie darauf, vor der Entscheidung einen breiten öffentlichen Diskussionsprozeß zu ermöglichen. Wo dies verhindert oder umgangen wird, führt sich diese Praxis des Parlamentarismus selbst in die Krise.

Im Vorfeld der parlamentarischen Entscheidung nehmen sich Bürgerinitiativen dieselben Rechte wie jede Partei – und werden dabei von der Verfassung gestützt, die die Parteien nur als Beteiligte an der politischen Willensbildung ausweist.

### *Vertretung von Interessen*

Bürgerinitiativen tun auch das, was als Lobby eingetragene Verbände schon seit langer Zeit und selbstverständlich tun: sie vertreten Interessen. Im wesentlichen sind sie ein notwendiger Beitrag zur Herstellung eines Interessenausgleiches. Als „Partikularinteressen“ werden sie nur von denen abqualifiziert, die nicht in der Lage sind, historische Defizite an Interessenvertretungen zu überblicken.

Ohne Bürgerinitiativen ist dieses Land inzwischen kaum mehr denkbar. Auch wenn die offizielle Geschichtsschreibung mit ihrer unaufgearbeiteten Tendenz zur Hofberichterstattung dies nicht festhält, kann nachgewiesen werden:

- Bürgerinitiativen sicherten wichtige Freiheitsrechte.
- Sie machten die politische Szenerie in Staat, Parteien, Verbänden und Institutionen transparenter und demokratischer.
- Sie verhinderten viele folgenschwere Fehlentscheidungen durch Druck auf Parteien und Parlamente.
- Sie regten an oder zwangen bisweilen die Entscheidungsgremien, wichtige Fortschritte einzuleiten
- Initiative Bürger in großer Zahl krepelten selbst die Ärmel hoch und verbesserten die Qualitäten des Lebens in vielen Bereichen. Sie taten dies in hunderttausenden von konkreten Aktionen – quer durch das Land. Sie leerten dabei häufig ihre privaten Taschen bis über die Grenze des Zumutbaren. Viele zahlen eine Art zweite Steuer für Einrichtungen der Bürger-Selbsthilfe.
- Bürgerinitiativen veränderten auch die sozialen Verhaltensweisen: sie ließen uralte nachbarschaftliche Solidarität wieder aufleben.

### *Verdienste*

Angeregt durch die Studentenbewegung entstanden seit 1967 Bürgerinitiativen in vielen Bereichen: sie retteten die soziale und historische Substanz alter Städte; sie initiierten den Schutz der Umwelt; sie setzten wichtige Rechte auf dem Wege zur Gleichstellung der Frauen durch; sie initiierten verändertes Erziehungsverhalten in Elternhäuser und Bildungsstätten.

Ruhrgebietsarbeiter in Zehensiedlungen, die sich durch Parteien und ihre Bergbau-Gewerkschaft nicht vertreten sahen, bildeten inzwischen fast 50 Arbeiterinitiativen zur Erhaltung und Verbesserung ihrer Siedlungen.

Bürgerinitiativen brachten ans Licht, daß der Umgang mit der Atomenergie nicht so harmlos und technologisch sicher ist, wie wirtschaftliche und politische Interessen die Bevölkerung zunächst glauben ließen. Sie kämpfen erbittert gegen die universale Nutzung der Atomenergie, die ihnen keineswegs friedlich, sondern als globale Selbstzerstörungsgefahr erscheint.

Bürgerinitiativen versuchen die Macht von kleinen aber sehr radikalen politischen und ökonomischen Minderheiten einzuschränken – eine fundamentale demokratische Aufgabe.

Bürgerinitiativen schufen weiterhin „alternative Kommunikation“: eigene Mitteilungssysteme, wie Zeitungen („Volksblätter“), Flugblätter, Aufklärungsbroschüren, Bücher, Filme, Videogruppen u. a., mit denen sie die Meinungsmonopole von Bewußtseinsproduzenten relativierten.

Die Zahl der Menschen, die in Bürgerinitiativen arbeiten, übertrifft bereits die Zahl der Bürger, die Mitglieder einer Partei sind. Auch aus diesem Grund erinnern Bürgerinitiativen die Parteien daran, sich bewußt zu werden der Relativität ihrer Macht und des Anspruchs, für alle zu sprechen.

Bürgerinitiativen sind eine Aufforderung zur Regeneration und Reform von Parteien und Institutionen. Bürgerinitiativen haben so wenig Recht oder Unrecht wie Parteien oder staatliche Institutionen. Recht oder Unrecht stellt sich oft erst im demokratischen Diskussionsprozeß heraus. Dazu, daß dieser Prozeß besser funktioniert oder überhaupt erst funktioniert, tragen Bürgerinitiativen erheblich bei.

Dies wird auch in Zukunft ihr Beitrag zum gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß sein. Bürgerinitiativen sind für Parteien und Institutionen eine positive Herausforderung.

*Anschrift des Verfassers:  
Professor Dr. Roland Günter  
Fachhochschule Bielefeld  
Oberhausen*

„Das Parlament“ (20. 8. 77)

## **Viele denken umweltbewußt, nur wenige handeln entsprechend**

Die politische Bedeutung des Umweltschutzes ist in der Wahrnehmung der Bevölkerung in den letzten Jahren – nicht zuletzt durch die in allen Medien erbittert geführte Diskussion um Atomkraftwerke – erheblich gestiegen. Dies ergab zuletzt eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Innenministeriums, die 1978 veröffentlicht wurde. Danach lehnt die Mehrheit ein Wirtschaftswachstum auf Kosten des Umweltschutzes ab, fürchtet andererseits aber Auswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen auf den Arbeitsmarkt und ist eher bereit, für umweltschonende Produkte einen höheren Preis zu zahlen.



Besonders junge Leute sind es, die Umweltprobleme nicht nur als drängend ansehen, sondern sich auch selbst verantwortlich fühlen, etwas zu tun. Hier der Sohn eines Bauern auf einem Hof bei Gorleben, der zu einer „Trecker-Demonstration“ aufbricht.

Die von der Technik und den Sozialsystemen des 19. und 20. Jahrhunderts gepeinigete *Passivlandschaft* zerstört – das weiß man heute überall – auch den Einzelmenschen wie die Gesellschaft. Naturschutz, Landschaftsschutz, Landesplanung, Landschaftspflege, Raumplanung, Stadtplanung, Raumordnung, Umweltschutz – sie alle entstammen der Pathologie der leidenden Landschaft und des mit ihr leidenden Menschen. Die „*Zivilisationslandschaft*“ bedarf der *Rekultivierung*. Auch diese lebenswichtige Grundaufgabe unserer Zeit führt im Erkennen der gefährdeten Lebensräume und in der Therapeutik zwingend zu *regionalisierten* Aktionen. Es ist nur selbstverständlich, daß der ernsteste Widerstand gegen die Landschaftszerstörung von unten, von lokalen und regionalen *Bürgerinitiativen*, also von jenen Menschen kommt, die *ihren* heimatlichen Lebensraum zu retten trachten.

H. R. Klecatsky

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 1979

Band/Volume: [1979\\_4](#)

Autor(en)/Author(s): Günter Roland

Artikel/Article: [Ausgleich Bürgerinitiativen 129-132](#)